Stresstest

Wege in die illiberale Demokratie

Strategisches Lagebild

Die größte Gefahr für die liberale Demokratie in Österreich ist nicht ihre offene Abschaffung. Wahrscheinlicher ist ein schrittweiser Umbau, bei dem Wahlen, Parlament, Gerichte und Medien bestehen bleiben, aber zunehmend die Fähigkeit verlieren, politische Macht wirksam zu kontrollieren und zu korrigieren.

Die internationale Forschung zeigt dafür ein wiederkehrendes Muster. Demokratien werden heute häufig nicht durch einen Staatsstreich beseitigt, sondern von innen verändert: durch demokratisch legitimierte Akteure, die Gesetze, Ernennungsrechte, Verwaltungsentscheidungen, öffentliche Ressourcen und parlamentarische Mehrheiten dazu nutzen, Gegenmacht zu schwächen. Jede einzelne Maßnahme kann rechtmäßig, technisch oder politisch begründbar erscheinen. Erst ihre Kombination zeigt die Richtung.

Der entscheidende Maßstab lautet deshalb nicht, ob noch gewählt wird. Entscheidend ist, ob eine Regierung unter Bedingungen regiert, die ihre Kontrolle und ihre spätere Ablösung tatsächlich ermöglichen.

Für Österreich lassen sich daraus drei miteinander verbundene strategische Wege ableiten.

1. Der Informationsraum wird zuerst verändert

Der erste Angriff richtet sich nicht gegen das Parlament und nicht gegen Gerichte, sondern gegen die Fähigkeit der Gesellschaft, politische Wirklichkeit gemeinsam beurteilen zu können.

Unabhängige Medien werden als parteiisch dargestellt, Gerichte als politisch, Wissenschaft als ideologisch, NGOs als interessengeleitet und staatliche Institutionen als Teil eines angeblich geschlossenen Systems. Die Wirkung entsteht nicht erst dann, wenn eine Mehrheit diese Behauptungen glaubt. Es genügt, das Vertrauen so weit zu beschädigen, dass keine Instanz mehr allgemein als glaubwürdig anerkannt wird.

Damit verändert sich der politische Konflikt. Aus „dieses Urteil ist falsch“ wird „die Gerichte sind nicht legitim“. Aus „dieses Medium berichtet einseitig“ wird „unabhängigen Journalismus gibt es nicht“. Aus „wir haben die Wahl verloren“ wird „das Verfahren war manipuliert“.

Parallel können parteinahe Medien, digitale Kommunikationsräume, wirtschaftlich mächtige Unterstützer oder ausländische Netzwerke eigene Informationswelten stärken. Das Ziel muss nicht vollständige Propagandakontrolle sein. Strategisch reicht es, kritische Information zu schwächen, Unsicherheit zu vergrößern und Anhänger gegen widersprechende Informationen zu immunisieren.

Besonders wichtig ist die Normalisierung. Antipluralistische, autoritäre oder menschenfeindliche Positionen werden zunächst provozierend formuliert, dann dauerhaft wiederholt, schließlich von anderen politischen und medialen Akteuren übernommen. Was vorher als mit liberaler Demokratie unvereinbar galt, wird zu einer legitimen politischen Option.

Damit wird der Boden für den nächsten Schritt vorbereitet.

2. Politischer Einfluss wird in institutionelle Macht übersetzt

Eine illiberale Kraft benötigt keine absolute Mehrheit. Entscheidend ist der Zugang zu strategischen Ämtern.

Koalitionen können Ministerien, Ernennungsrechte, Sicherheitsbehörden, öffentliche Ressourcen oder parlamentarische Spitzenfunktionen öffnen. Ab diesem Moment verändert sich die Qualität der Macht. Aus politischer Kommunikation werden Personalentscheidungen. Aus gesellschaftlicher Unterstützung wird Verfügung über Organisationen, Geld, Information und staatliche Autorität.

Eine Regierung müsste demokratische Institutionen dafür nicht abschaffen. Sie könnte Führungspositionen systematisch mit loyalen Personen besetzen, politische Kabinette stärken, Berichtslinien verändern und Karrieren stärker von politischer Nähe abhängig machen. Die entscheidende Verschiebung beginnt, wenn Beschäftigte des Staates nicht mehr zuerst fragen, was Recht, Fachlichkeit und öffentliches Interesse verlangen, sondern was die politische Führung erwartet.

Besonders sensibel sind Polizei und Nachrichtendienste. Wer ihre Führung und Informationswege kontrolliert, besitzt nicht nur Verwaltungsgewalt, sondern Zugang zu sensiblen Erkenntnissen, Ermittlungsinstrumenten und staatlicher Zwangsmacht.

Ähnliches gilt für die Justiz. Ihre Unabhängigkeit kann beeinträchtigt werden, ohne dass ein Minister einem Richter einen bestimmten Spruch diktiert. Ernennungen, Karrierewege, Weisungsstrukturen, Ressourcen, Zuständigkeiten, Verfahrensdauer und permanente öffentliche Delegitimierung können die praktische Kontrollfähigkeit schrittweise verändern.

Dabei besitzt die Exekutive einen strukturellen Vorteil: Sie kann schneller handeln als der Rechtsstaat korrigieren kann. Verordnungen, Erlässe und Verwaltungsentscheidungen wirken unmittelbar. Ihre gerichtliche Überprüfung folgt später. Werden zahlreiche problematische Maßnahmen gleichzeitig gesetzt, wird Zeit selbst zum Machtinstrument.

Die Regierung schafft Tatsachen. Die Kontrolle versucht, ihnen nachzufolgen.

3. Eine Krise kann den Umbau beschleunigen

Krisen sind nicht automatisch eine Gefahr für Demokratie. Jede Regierung muss in außergewöhnlichen Situationen handlungsfähig sein.

Gerade deshalb können Krisen aber zu einem Beschleuniger der Machtkonzentration werden.

Unter Zeitdruck steigt die Akzeptanz für rasche Entscheidungen, eingeschränkte Verfahren und zusätzliche Kompetenzen der Exekutive. Parlamentarische Beratung wird verkürzt, Informationsasymmetrien wachsen, Kontrollrechte wirken schwerfälliger. Maßnahmen, die unter normalen politischen Bedingungen erheblichen Widerstand auslösen würden, können als notwendig und vorübergehend legitimiert werden.

Die entscheidende Frage ist, was nach der Krise geschieht.

Eine illiberale Strategie würde versuchen, außergewöhnliche Macht nicht vollständig wieder zurückzugeben. Verfahren, Zuständigkeiten, Überwachungsmöglichkeiten oder institutionelle Machtverschiebungen, die während der Krise entstanden sind, werden Teil des Normalbetriebs.

Die Informationsstrategie ist dabei erneut entscheidend. Wer die Krise definiert, ihre Verantwortlichen benennt und festlegt, wer angeblich die Lösung verhindert, kann Machtkonzentration als demokratische Notwendigkeit darstellen.

Information ist die Schlüsselressource

Alle drei Wege hängen von Information ab.

Politische Macht kann nur kontrolliert werden, wenn Bürgerinnen und Bürger, Abgeordnete, Gerichte, Medien und gesellschaftliche Organisationen erkennen können, was Regierung und Verwaltung tatsächlich tun.

Deshalb müssen Medien nicht verboten werden, um ihre demokratische Funktion zu schwächen. Wirtschaftliche Abhängigkeit kann ausreichen. Staatliche Inserate, Förderungen, privilegierter Zugang, Eigentumskonzentration, Personalentscheidungen und politischer Druck können dazu führen, dass Medien formal frei bleiben, faktisch aber vorsichtiger und abhängiger werden.

Der ORF besitzt dabei besondere Bedeutung. Wer Einfluss auf seine institutionelle Unabhängigkeit, Führung oder Finanzierung gewinnt, beeinflusst eine zentrale demokratische Informationsinfrastruktur. Gleichzeitig zeigen die Untersuchungen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk gegenüber groben Eingriffen vergleichsweise stark rechtlich abgesichert ist. Wahrscheinlicher als offene Kontrolle wären deshalb indirekte Versuche der politischen Schwächung, wirtschaftlichen Verunsicherung und öffentlichen Delegitimierung.

Auch beim Verfassungsgerichtshof liegt die Gefahr weniger in einer einfachen Übernahme als in der Kombination verschiedener Belastungen: politisch einseitige Ernennungen über längere Zeit, Angriffe auf seine Legitimität, Veränderungen organisatorischer Regeln, Überlastung oder Schwierigkeiten bei der praktischen Durchsetzung seiner Entscheidungen.

Entscheidend ist immer die Kumulation.

Vor dem Machtzugang

Solange illiberale Akteure nicht über zentrale Staatsfunktionen verfügen, müssen sie Macht außerhalb des Staates aufbauen.

Dazu gehören Reichweite, finanzielle Unterstützung, gesellschaftliche Netzwerke und politische Normalisierung. Institutionen werden delegitimiert, gesellschaftliche Konflikte zugespitzt und rechtsstaatliche Grenzen zunehmend als Hindernisse wirksamer Politik dargestellt.

Besonders wirkungsvoll ist dabei die Umdefinition von Demokratie. Der Begriff bleibt positiv besetzt, wird aber auf Mehrheitsherrschaft reduziert. Gerichte, Minderheitenrechte, unabhängige Medien oder Gewaltenteilung erscheinen dann nicht mehr als Bestandteil demokratischer Ordnung, sondern als Hindernisse des angeblichen Volkswillens.

Der entscheidende Erfolg besteht schließlich in politischer Anschlussfähigkeit. Wenn andere Parteien illiberale Positionen übernehmen oder eine Koalition ermöglichen, wird aus gesellschaftlicher Mobilisierung institutioneller Zugriff.

Nach dem Machtzugang

Für Regierungsmitglieder eröffnen sich Personal-, Organisations-, Informations- und Ressourcenmacht. Besonders folgenreich wäre die gleichzeitige Veränderung mehrerer Bereiche: loyale Besetzungen, politisierte Verwaltungsstrukturen, Kontrolle wichtiger Informationsflüsse, selektive Verwendung öffentlicher Mittel und ein wachsender Einfluss auf Medien und gesellschaftliche Organisationen.

Kommt eine disziplinierte Parlamentsmehrheit hinzu, kann parlamentarische Kontrolle faktisch zur Selbstkontrolle werden. Regierung, Parteiführung und Mehrheitsfraktion handeln dann als geschlossener Machtblock.

Beim Bundespräsidenten und beim Nationalratspräsidium liegt eine andere Verwundbarkeit vor. Österreichs politische Ordnung vertraut an mehreren Stellen darauf, dass vorhandene Kompetenzen mit Zurückhaltung ausgeübt werden. Wird diese institutionelle Selbstbeschränkung aufgegeben, können Befugnisse in einer Weise ausgeschöpft werden, die rechtlich möglich, politisch aber bisher unüblich war. Gefährlich würde dies insbesondere im Zusammenspiel mit einer gleichgerichteten Regierung oder Parlamentsmehrheit.

Gerade darin liegt eine österreichische Besonderheit: Das System ist stark, solange politische Akteure nicht jede verfügbare Machtoption gegen den demokratischen Sinn der Institutionen ausreizen.

Die eigentliche Schwachstelle ist das Zusammenspiel

Keine der beschriebenen Verwundbarkeiten allein würde die liberale Demokratie ausschalten.

Gefährlich wird ihre Verbindung.

Wer den Informationsraum schwächt, macht problematische Personalentscheidungen schwerer sichtbar. Wer parlamentarische Kontrolle schwächt, erleichtert politische Einflussnahme auf Verwaltung und Ressourcen. Wer öffentliche Mittel zur Erzeugung von Abhängigkeiten nutzt, kann Medien und Organisationen vorsichtiger machen. Wer gleichzeitig Gerichte delegitimiert oder überfordert, schwächt die Möglichkeit rechtzeitiger rechtlicher Korrektur.

Jeder Schritt erleichtert den nächsten.

Hinzu kommt ein Wahrnehmungsproblem: Jede Institution sieht zunächst nur einen Ausschnitt. Eine Ernennung, eine Förderentscheidung, eine neue Berichtslinie, eine Verfahrensänderung oder eine Attacke auf ein Gericht kann isoliert erklärt werden. Erst die Gesamtschau zeigt, ob daraus ein systematischer Umbau der Machtordnung entsteht.

Deshalb ist fehlendes unabhängiges Monitoring selbst eine zentrale Verwundbarkeit.

Was am Ende übrigbleiben kann

Eine liberal-demokratische Ordnung kann tief beschädigt sein, obwohl ihre Fassaden bestehen bleiben.

Es gibt weiterhin Wahlen. Es gibt ein Parlament. Es gibt Medien. Es gibt Gerichte. Opposition ist erlaubt.

Aber die Regierung verfügt über strukturelle Vorteile. Kritische Information erreicht weniger Menschen. Kontrollorgane reagieren später. Öffentliche Ressourcen stabilisieren bestehende Machtverhältnisse. Gesellschaftliche Gegenkräfte verlieren Reichweite. Institutionelle Schlüsselpositionen sind langfristig besetzt. Opposition kann antreten, aber unter zunehmend ungleichen Bedingungen.

Dann ist der entscheidende Punkt erreicht.

Die Demokratie wurde nicht abgeschafft. Ihre Fähigkeit zur Selbstkorrektur wurde beschädigt.

Schlussfolgerung

Der wirksamste Angriff auf eine liberale Demokratie beginnt nicht mit der Abschaffung von Wahlen. Er beginnt dort, wo die Voraussetzungen freier demokratischer Entscheidung geschwächt werden.

Zuerst verliert die Öffentlichkeit ihre gemeinsame Informationsgrundlage. Dann werden Kontrolle und Gegenmacht delegitimiert. Danach wird politischer Einfluss in institutionelle Macht übersetzt. Schließlich können Krisen genutzt werden, um diesen Prozess zu beschleunigen und Machtverschiebungen zu verstetigen.

Deshalb darf Demokratieschutz nicht erst einsetzen, wenn ein Wahlergebnis manipuliert, ein Gericht ausgeschaltet oder ein Grundrecht offen beseitigt wird. Dann ist der Prozess bereits weit fortgeschritten.

Die entscheidende Frage lautet nicht, ob eine Regierung demokratisch an die Macht gekommen ist. Sie lautet, ob sie die Bedingungen unangetastet lässt, unter denen sie demokratisch wieder aus der Macht entfernt werden kann.

Diese Fassung stellt die strategische Kette stärker in den Vordergrund und vermeidet bewusst einen katalogartigen Charakter.

Impressum

Für den Inhalt verantwortlich:
Andreas Kovar

Medieninhaber und Herausgeber:
Netzwerk Chance Demokratie, Dorotheergasse 7, 1010 Wien

Kontakt:
office@chancedemokratie.net

Veröffentlichung:
Oktober 2026